

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: wie Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 23. Februar.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

27. Plenar-Sitzung vom 23. Februar, 11 Uhr.

Die Beratung des Kultus-Etats wird fortgesetzt.

Bei dem Titel „Unterstaats-Sekretär“ nimmt der

Abg. Dabach (Ztr.) die gestrige Debatte wieder auf, schildert die Tätigkeit der Ordensschwestern und ihre Beliebtheit bei der Bevölkerung und bedauert, daß man ihrer selbstlosen, patriotischen Tätigkeit so lästige Schranken zieht. Die geringe Zahl der Studenten und Abiturienten sei nicht die Ursache, sondern die Wirkung der Imparität bei der Beförderung der Beamtenstellen. Die Söhne der Beamten seien es vorzugsweise, welche unseren höheren Schulanstalten bestritten. Den Polen sollte man ihre Sprache lassen; sie hängt mit dem Lande ebenso eng zusammen, wie die deutsche Sprache mit dem Elsaß. Dort sprechen heute nur noch 4 Prozent der Bevölkerung französisch. Um den Polen ihre Zugehörigkeit zu Deutschland und Preußen begreiflich zu machen, braucht man ihre Sprache nicht anzutasten.

Abg. Schröder (Volk.) sucht in längerer Ausführung nachzuweisen, daß die Einführung, welche der Minister seinem Sprachen-Erlass gegeben, dem Patriotismus der Polen schädlich sei, einseitige Staatsmänner, Generale und Verwaltungsbeamten haben das auch längst eingesehen und offen ausgesprochen. Der Minister scheine seine Informationen aber an Stellen zu suchen, wo man ein Interesse daran hat, die Polen als widerpenstig darzustellen. Die preussische Regierung wird die Herzen ihrer polnischen Unterthanen nie gewinnen, wenn sie ihre Muttersprache nicht zu schonen verliert. Redner geht sodann speziell auf die polnischen Schulverhältnisse ein und behauptet, das heute in Polen herrschende Schulsystem sei eine Verflüchtigung an der Menschennatur.

Minister Dr. Voss: Ich weise auf das entschiedene den Vorwurf zurück, daß die Regierung die Polen als Preußen zweiter Klasse behandle, auch den Vorwurf der Imparität, den der Abg. Dabach erhob, weise ich zurück. Wir können nicht dulden, daß die Kinder in den Schulen polonisiert werden. Der Vergleich mit Elsaß-Lothringen paßt gar nicht. Im Hause mögen die Leute mit ihren Kindern polnisch sprechen, daran hindern wir sie nicht, aber in der Schule müssen sie deutsch unterrichtet werden. Auch die Vorurteile gegen die Provinzialbehörden sind nicht begründet; es herrscht da kein böser Wille. Als preussischer Kultusminister spreche ich meine volle Bewunderung aus für die dienstwillige, überbesorgte Krankenpflege der katholischen Ordensschwestern, aber wir sind noch nicht in der Lage, ihre Niederlassungen zu genehmigen, ohne die Provinzialbehörden zu fragen. Personalfragen können wir hier nicht erörtern, wozu sollte das führen? (Sehr richtig!) Man kann doch wirklich sagen: Polenabgaben und kein Ende. Stellen Sie wegen der Niederlassungen Anträge, so werden wir die wohlwollend prüfen, das verspreche ich Ihnen! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gerlich (frk.) wünscht ebenfalls, es nun der ewigen Polenabgaben genug sein zu lassen. Auch das Zentrum sollte bedenken, daß den Polen gegenüber auch die deutschen Katholiken nur die „deutschen Hunde“ sind, die man koddtschlagen muß, wie das kürzlich in Graubünden offen proklamiert wurde. Im Grunde genommen sind wir ja doch beide so ziemlich derselben Klasse. (Heiterkeit.) Lassen Sie es des ewigen Kampfes genug sein und vertragen wir uns. (Bravo!)

Abg. Graf Limburg (konf.): Bei der Bewilligung von Niederlassungen katholischer Ordensschwestern könnte wohl mehr Entgegenkommen bewiesen werden.

Abg. Schr. v. Deere man (Zentr.) dankt dem Vorredner für sein Entgegenkommen. Für die Polen sind wir nicht eingetreten, weil sie Katholiken sind, sondern weil sie mit ihren Forderungen Recht hatten. Es ist ihr gutes Recht, Polen zu bleiben und für ihre Kinder polnischen Unterricht zu verlangen; wo diese Rechte verletzt werden, treten wir für sie ein.

Minister Dr. Voss: Die Behandlung von Niederlassungsgesuchen geht, wenn Widerspruch von der Provinzialbehörde erhoben wird, nicht so schnell. Daß kein Unwohlsein gegen diese Niederlassungen besteht, geht wohl daraus hervor, daß die Zahl der Angehörigen solcher Niederlassungen sich seit 1882 von 800 auf 1200 erhöht hat. (Hört! Hört!)

Abg. Hauptmann (Zentr.) will einen Rückblick auf die letzten fünfzigjährigen Jahre werfen, zum Beweise, daß die Katholiken in der That Anlaß zu Beschwerden über die Regierung hätten. Die höheren Stellen sind meist in Händen von Nichtkatholiken. Ich will Ihnen sagen, Herr Minister, weshalb Katholiken in diese Stellen nicht hineinkommen können. Es liegt das daran, daß die Beförderung in den Händen gewisser geheimer Gesellschaften liegt.

Abg. v. Deere man (Zentr.) dankt dem Herrn Minister dafür, daß die Zahl der Ordensniederlassungen von 1882 bis 1893 so erheblich zugenommen sei. Aber diese Zunahme ist aus zwei Gründen nicht ganz zureichend. Einmal um deswillen, weil auch das Jahr 1892 noch innerhalb des Kulturkampfes liegt. Hätte der Herr Minister zum Vergleich ein Jahr vorangezogen, welches vor dem Kulturkampf liegt, dann wäre der Vergleich ganz anders ausgefallen. Dann aber wird es heut zu Tage schon als „Niederlassung“ gerechnet, wenn ein wohlhabender Angehöriger einer Gemeinde ein kleines Krankenhaus stiftet und in dasselbe zwei oder drei Ordensschwestern freisetzt.

Abg. Friedberg (nat.-lib.): Herr Hauptmann hat hier Beamte angegriffen, weil sie, wenn ich ihn recht verstanden habe, Freimaurer sind.

Sch begreife nicht, wie man solche Angriffe auf Personen richten kann, die sich hier nicht zu verteidigen vermögen. Weiter aber begreife ich nicht, wie man den Minister zu einem Vorgehen gegen die Freimaurer unter den Beamten in einem und demselben Augenblicke auffordern kann, wo das Zentrum für die katholischen Orden eine größere Freiheit verlangt.

Abg. v. Zedlitz (freis.) stimmt der Anregung des Grafen Limburg zu, da auch seine Freunde die gegenwärtige Tätigkeit der Ordensschwestern nicht verkennen.

Damit schließt diese Debatte. Bei Kapitel „Bischöfliche“ erbittet Abg. Dittich (Ztr.) Mehraufwendungen für das Bisthum Ermland. Wenn das Domkapitel bisher noch nicht mit Beschwerden gekommen sei, so habe es sich nur von Rücksichten auf die Finanzlage leiten lassen. Weiter regt Redner die Errichtung eines Denkmals an für einen der ersten Ordensherren, den größten aller Ermländer: Nikolaus Copernikus, an der Stelle seines Wohnens in Frauenburg.

Minister Voss: Ich kann zwar nicht anerkennen, daß hinsichtlich der Aufwendungen für das Domkapitel in Ermland durch die Bulle de salute animarum für die Regierung eine Rechtspflicht erwachsen sei, aber die Anregung zu einem Denkmal für Copernikus in Frauenburg stößt bei uns auf das denkbar größte Entgegenkommen.

Bei dem Bisthum Silbeseheim wünscht Abg. Brandenburg schäntigere Erlebung einer Bisthums-Angelegenheit für eine Privatschule in Silbeseheim.

Minister Voss: Ich erwidere, daß auch er diese Angelegenheit endlich geregelt sehen möchte, daß aber gegenwärtig auch Aussicht hierauf bestehe.

Bei dem Bisthum Danabück beschwert sich Abg. Brandenburg darüber, daß in Danabück einer Niederlassung der Franziskaner Widerstand seitens der Ortsbehörden, wie auch seitens des Regierungspräsidenten entgegengekehrt werde. Der Minister möge sich nicht zu sehr auf das einseitige Urteil seiner Behörden verlassen.

Minister Voss: Der Widerstand der Behörden stützt sich hauptsächlich auf die gereizte Stimmung, welche gerade in Danabück zwischen der lutherischen und der katholischen Kirche besteht. Ich hoffe aber, es wird sich eine Einigung erzielen lassen.

Bei dem Kapitel Provinzial-Schulkollegium führt

Abg. v. Schenkendorf aus, es werde in Volls- und höheren Schulen noch immer zu sehr das Hauptgewicht auf die formale wissenschaftliche Schulung gelegt, während die hygienische, körperliche Ausbildung zu sehr zurückbleibe. Im vermehrten Umfange erheische besonders das Bedürfnis nach Bewegung, nach Zugschulung, Verdrängung. Eine weitere Aufgabe, die noch dazu von größter sozialer Bedeutung sei, besteihe ferner darin, der Verwahrlosung des Familienlebens durch Hauskaltungsunterricht für die weibliche Jugend entgegenzuwirken.

Geh. Rath Brand: Die Ausführungen des Vorredners sind unzulänglich von großer Tragweite. In dem Sinne, daß Herr von Schenkendorf nicht dem ganzen bisherigen Unterrichtssystem die Art an die Wurzel legen will, daß es sich vielmehr nur darum handeln kann, den Unterricht in den von ihm dargestellten Richtungen weiter zu entwickeln, nimmt die Regierung die Anregungen des Abg. v. Schenkendorf mit Wohlwollen entgegen.

Es folgt das Kapitel Universitäten. Abg. Friedberg wünscht Einführung des Dienstaltersunterschieds für die Professoren, erneuert ferner seine vorjährige Anfrage wegen der Art der Doktorprüfungen und wünscht Vervollständigung des naturwissenschaftlich-technischen Unterrichts speziell für Chemiker.

Geh. Rath Althoff: Der Einführung der Alterszulagen für Professoren stehen noch Schwierigkeiten im Wege, indes stehen wir auch dieser Anregung wohlwollend gegenüber. Die Frage der Doktorprüfungen wird von uns sehr im Auge behalten, und wir werden nicht verfehlen, darauf zurückzukommen. Was die dritte vom Herrn Vorredner angeregte Frage anlangt, so liegt die technische Chemie eigentlich außerhalb der Universitäten. So weit aber Lehrkräfte vorhanden sind, würde dem Unterricht hierin, auch wenn derselbe mehr Sache der technischen Fachschulen, ist, nichts im Wege stehen.

Abg. v. Dallwitz (konservativ) wünscht bessere klinische Verhältnisse für Ärzte in Berlin. Abg. Hirt (konservativ) wünscht für Breslau ein mit der Universität zusammenhängendes landwirtschaftliches Institut.

Geh. Rath Althoff bemerkt, daß er mit den Wünschen des Abg. v. Dallwitz durchaus sympathisiert. Aber die klinischen Verhältnisse seien gerade in Breslau in den besten Händen. Was den landwirtschaftlichen Unterricht in Breslau anlangt, so möchten die Herren Landwirte nur ihre Söhne nach Breslau schicken! (Heiterkeit.) Dann würden sie finden, daß die Regierung für alle sich als erforderlich herausstellenden Unterrichtsfächer bereitwillig sorgen werde. Wenn das dortige landwirtschaftliche Institut noch nicht weiter ausgebaut worden sei, so liege das nur an dem schwachen Bedarf.

Bei der Position „Zusatz für die Akademie in Münster“ fragt der Abg. Schr. v. Deere man (Ztr.) über das Verbindungsweisen auf den Universitäten. Die Eltern der jungen Leute haben ein Recht, Aufklärung über den Charakter einer solchen Verbindung zu verlangen, d. h. ihre Söhne angehören.

Rep.-Komm. Geh. Rath Althoff: Ueber den konfessionellen Charakter der Akademie in Münster ist ein Nachforschungsantrag erforderlich worden; auf Grund desselben werden die Verhältnisse der Anstalt eingerichtet werden.

Abg. Dr. Dittich (Ztr.) hofft, daß der katholische Charakter der Anstalt gewahrt bleiben wird.

Abg. Dr. Birchow (freis. Vn.) wünscht, daß die Regierung dieser Forderung gegenüber Stellung nehme; eine katholische Wissenschaft gebe es nicht, man könnte doch höchstens fordern, daß die Lehrer sich zur katholischen Konfession bekennen. Am besten wird es sein, Sie lassen die Wissenschaft ganz frei.

Das Kapitel „Universitäten“ wird genehmigt.

Sodann verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 13 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.
 Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 23. Februar. In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute die Beratung des Extraordinariums fortgesetzt und zwar zunächst über die gelebten vier neuen Kreuzer. Zum Bau des Kreuzers 1. Klasse „Erlaf“ veranschlagt wurden 1 000 000 Mark, zum Bau von drei Kreuzern 2. Klasse je 2 000 000 Mark als erste Raten gefordert. Nach einer längeren Rede des Staatssekretärs v. Marschall, in welcher er ein Exposé über die zeitigen internationalen Verhältnisse in den überseeischen Staaten gab und hervorhob, daß der Bau nicht im Interesse der großen Rhyder und Kaufleute, sondern in dem der gesamten Produktion Deutschlands und unseres ganzen Volkes erforderlich sei und dem Schutze der Deutschen im Auslande dienlich solle, wurden die vier Kreuzer mit 16 gegen 10, bezw. 18 gegen 8 Stimmen bewilligt.

Der „N. A. Z.“ zufolge befaßt es sich, daß Gouverneur Frhr. v. Schele aus dem Kolonialdienst scheidet. Da die Verwaltung des Kolonial-Etats in der Budgetkommission unmittelbar bevorsteht, wird die Regierung zweifellos Gelegenheit nehmen, die Gründe dieses Ausscheidens zu erklären.

Die „N. A. Z.“ schreibt heute in besonderem Druck zu dem von einem schleswigschen Blatte gebrachten Bericht, daß die Wiederabtretung Schleswigs ein Glied in der Kette der anlässlich der Gründung des Norddeutschen Bundes in Aussicht genommenen Festlichkeiten bilden werde, diese Meldung zeugt von einer geradezu unglaublichen Dummheit derjenigen Kreise, als deren Organ das schleswigsche Blatt sich hinstellt. Die Beauftragung, das die Kaiserin für jenen angeblichen Plan arbeite, grenze fast an Majestätsbeleidigung. Die Behauptung, daß das Projekt in Berlin allgemein erörtert werde, sei unwar.

Die Agrarier laufen noch immer Sturm gegen die Margarine. In zahlreichen Petitionen an den Reichstag werden dazu vier Forderungen gestellt; einmal, daß eine besondere Farbe der Margarine, blau, grün oder braun, vorgeschrieben wird; dann, daß bei der Herstellung weder Salz noch Milch verwendet werden darf; weiter, daß Margarine nur in besonderen Geschäften verkauft werden soll, und zuletzt, daß darauf eine besondere Inlandsteuer gelegt wird. Gegen solche Forderungen, die einem vollständigen Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Margarine gleichkommen würden, sind ebenfalls zahlreiche Petitionen eingelaufen. Hervorzuheben ist darunter eine Petition aus dem Konfumentenkreise einer einzigen deutschen Margarinefabrik, der großen Margarinefabrik A. v. Meyer in Altona-Beimelshausen; diese Petition trägt nicht weniger als 143 836 Unterschriften. In einem Absatz dieser Eingabe wird treffend bemerkt:

„Wenn eine Inlandsteuer auf Margarine gelegt wird, so werden die Fabrikanten und Detailhändler diese Steuer auf den Verkaufspreis aufschlagen müssen, weil die große Konkurrenz, die unter ihnen herrscht, sie jetzt auch schon zu niedrig, ihre Preise so niedrig als möglich zu stellen, und daher diese Steuer von uns als Konsumenten ganz allein getragen werden würde. Eine derartige Steuer würde so ungerecht wie möglich sein, weil die bestehenden Steuern auf Nahrungsmittel doch von allen Klassen der Bevölkerung getragen werden, während eine neue Margarinesteuer nur von der ärmeren Bevölkerung getragen werden würde, da der wohlhabende Teil der Bevölkerung keine Margarine, sondern Butter isst.“

△ Aus den Beratungen, welche die Vertretungen der gewerbe- und handelsbetreibenden Kreise in den letzten Tagen über den Anfang Januar im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs abgehalten haben, geht ungewissheit hervor, daß, wenn auch eine Mehrheit entgegengegriffen ist, doch die große Mehrheit dem Gesetzentwurf im Allgemeinen wie der Aufnahme von Vorschriften über den Verrat von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen in den Entwurf im Besonderen zustimmt. Man wird, was die Vorschriften über die Fabrikgeheimnisse betrifft, in ihnen eine Ergänzung unserer auf den Schutz des gewerblichen Eigentums gerichteten Gesetze, namentlich des Patentrechts, erblicken müssen.

Viele Götter können einen Gewerbetreibenden bestimmen, für eine Neuerung in seinem Betriebe den Patentschutz nicht nachzusuchen. Manchmal kann es auch zweifelhaft sein, ob die Neuerung eine Erfindung ist und deshalb überhaupt unter den Patentschutz fällt. Die Gewerbetreibenden sind in allen diesen Fällen auf die Verschwiegenheit ihrer Angestellten angewiesen, wenn sie von der betreffenden Neuerung die ihnen als Entdecker zustehenden Vorteile haben wollen. Der Verrat kann sowohl dolos wie fahrlässig sein. Zu beiden Fällen wird er bestraft werden müssen, denn nur so kann dem häufig beobachteten Ansehen der Fabrikgeheimnisse vorgebeugt werden. Der Hauptentwurf, der gegen die vorgeschlagene Regelung gemacht wird, ist der, daß der Begriff des Fabrikgeheimnisses nicht festzulegen und daß deshalb die Gefahr vorliege, es würde jungen Leuten die Anwendung der in einem Betriebe erworbenen allgemeinen Kenntnisse erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden können. Der Entwurf ist nicht stichhaltig. Denn der Begriff ist sowohl dem Sprachgebrauch des täglichen Lebens wie der Strafrechtspraxis bekannt und wenn der Gegenstand von einer bestimmten Feststellung desselben abhinge, so folgt er nur dem Grunde, der auch bei ähnlichen Gesetzen beobachtet ist. Im Uebrigen hat eine ganze Anzahl bundesstaatlicher Strafgesetze Vorschriften gegen den Verrat dieser Geheimnisse früher gemacht und die belgische und italienische Gesetzgebung zeigt doch, daß sich mit solchen gesetzlichen Bestimmungen sehr wohl die berechtigten Forderungen des praktischen Lebens vereinbaren lassen. Nachdem nunmehr die beruflichen Vertretungen der interessierten Kreise ihre Gutachten abgegeben haben und dieselben im großen Ganzen zu Gunsten der gesetzlichen Regelung der Materie ausgefallen sind, wird im Reichsamt des Innern der Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs einer nochmaligen Durchsicht unterzogen werden. Man hofft, die Vorarbeiten noch so früh beendigen zu können, daß Bundesrat und Reichstag noch Gelegenheit gegeben werden kann, sich mit dem Entwurf während der laufenden Tagung zu beschäftigen.

△ Hamburg, 23. Februar. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: „Die Zurückweisung, welche der Minister von Köller in der vorgestrigen Landtags-Sitzung den polnischen Annahmungen hat zu Teil werden lassen, wird überall, wo deutsch empfunden und gesprochen wird, mit Genugthuung begrüßt werden. Es ist erfindlich, daß die deutsche lebende Bevölkerung in Polen und Westpreußen sich wieder Hoffnung zu haben scheint, auf das Wohlwollen der Regierung bei ihrer Abwehr der polenfeindlichen Bestrebungen rechnen zu können. Das Herr von Köller auch sonst einen glücklichen Tag hatte, zeigte die energische und würdige Art, in der er die von freimütiger Seite an ihm geübte unberechtigte Kritik zurückwies. Herr von Köller wird den richtigen politischen Weg auch nach eigenen Gefühlen von selber finden, aber die Gegenwehr des Reichstages ist jedenfalls immer ein guter Wegweiser dafür.“

Kassel, 23. Februar. Die Altien-Zuckerfabrik in Quedlinburg hat ihre Zahlungen eingestellt. Die gerichtliche Konkursverwaltung wird erwartet.

Signarungen, 23. Februar. Der Fürst von Hohenzollern ist aus San Remo hierher zurückgekehrt.

Österreich-Ungarn.

Wien, 23. Februar. Der Großfürst Wladimir wird am Montag Nachmittag hier eintreffen und in der russischen Botschaft absteigen.

△ Mit der Einführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ist im Reichs-Versicherungssamt eine neue Abteilung, das Rechnungsbureau, ins Leben getreten. Dasselbe hat außer den laufenden rechnungsmäßigen Arbeiten auch im Jahre 1894 wieder eine Anzahl mathematisch-statistischer Aufgaben erledigt. So hat es auf Grund neuer Unterlagen ein Gutachten über die vom Vorstande der See-Versicherungsgesellschaft geplante selbstständige Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung der Seeleute unter gleichzeitiger Verlorung ihrer Witwen und Waisen abgegeben und ferner ausgearbeitet: eine Denkschrift über die versicherungstechnischen Arbeiten bei Revisionen des Kapitaldeckungsstärks der Tiefbau-Versicherungsgesellschaft, den schon erwähnten Entwurf der für die Beitragsverhältnisse in Beitrags- und Todesfällen zu erlässenden Vorschriften betreffend die Art und Form der Rechnungsführung bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsbankaliten, eine überschlägliche Berechnung des Reichszuschusses zu den in dem nächsten Jahre zu zahlenden Invaliden- und Altersrenten, eine überschlägliche Bilanz der Versicherungsanstalten für die erste Beitragsperiode auf Grund der Rechnungsergebnisse der Jahre 1891, 1892 und 1893, die Berechnung des von den Versicherungsanstalten und den zugelassenen befördernden Kasseneinrichtungen im Jahre 1895 gemäß § 92 des Gesetzes an die Post abzuführenden Betriebsfonds, sowie Vorarbeiten behufs Aufstellung von Regeln über das Anschließen aus d m Invaliden- und Altersrentengenuß (Ausbehebungen).

△ Das Blatt des Bundes der Landwirthe ist über die Rede, die Staatssekretär v. Bötticher gestern zur Begründung des Deutschen Handelstages hielt, höchst erfreut. Besonders hat das Lob des russischen Handelsvertrages Anstoß erregt. Herr v. Bötticher muß sich deshalb folgende Rüge gefallen lassen:

Herr v. Bötticher hält es danach für angebracht, heute ein Loblied auf den russischen Handelsvertrag zu singen, wo er doch wissen muß, daß die neue Regierung diesen Handelsvertrag ganz anders beurteilt und alle denkenden Bolschewiken an der Arbeit sind, Mittel und Wege zu suchen, auf denen man die Schädigungen der Handelsvertragspolitik wieder beseitigen kann. Wir glauben nicht, daß Herr v. Bötticher mit seinen Ausführungen, die lebhaft an Verrat an freimütigen Vätern erinnern, die Unlichten der Regierung vertreten hat, und bedauern sie um deswillen noch besonders, weil sie vollkommen unbegründet waren. Es hätten einige verbindliche Worte der Begründung vollkommen genügt, ein Lob der Aera Caprivi war aber durchaus nicht am Platz.

△ Der Feldzug der englischen Industriellen gegen die Konkurrenz der deutschen „Gefängnisarbeit“ wird jenseits des Kanals rüftig betrieben. Die Interessenten haben nur die eine Sorge, daß das Ministerium die Sache wieder einschalten lassen könnte, und darum wird in den Vereinen und in der Presse die Lärmtrommel gerührt. Auch der Führer der Bewegung, Oberst Howard Vincent, gibt keine Ruhe und hat bereits Schritte an die Regierung zu bitten: Erklärungen darüber zu veranlassen, ob und wann sie die einstimmig angenommene Unterhausresolution wegen Einschränkung der Einfuhr von Produkten ausländischer Gefängnisarbeit in die Praxis zu überführen gedenke. Es handelt sich hierbei offenbar um einen von langer Hand vorbereiteten Coup.

△ Die zur Reichskasse gelangte Kleinmünze an Zöllen und Verbrauchsteuern hat in den ersten zehn Monaten des laufenden Etatsjahres 36,5 Millionen oder 30,9 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. An dem Mehr nahmen die Zölle mit 23,1, die Zuckersteuer mit 7,3 Millionen Theil. Die beiden Brauwertsteuern sowie die Bransteuer haben zusammen ein Weniger von 0,7 Millionen ergeben. — Bei den übrigen Einnahmen beläuft sich das Mehr der Zölle auf 10,8 Millionen, bei der Kopfsteuer auf 2,5 Millionen, bei der Post- und Telegraphenverwaltung auf 1,1 und bei der Reichseisenbahnverwaltung auf 0,9 Millionen.

— Der mit der Führung des Generalkonkultes in Kapstadt betraute Assessor Solmick wird nach Ablauf dieses Kommissions, wie die „Kronzeitung“ erfährt, in die Verwaltung von Südwes-Afrika eintreten.

△ Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft hatten sich vor einiger Zeit an den Minister der öffentlichen Arbeiten mit dem Wunsch nach Aufhebung des Seebahnanlagenamts für Häute und Felle von den Fischereiplätzen nach Südwes-Deutschland gewandt. Dem Vernehmen nach wird diesem Wunsch nicht stattgegeben werden. Es liegt durchaus nicht in der Absicht, eine allgemeine Umgestaltung in den letzten Seebahnanlagenamtsbestimmungen einzutreten zu lassen. Nur eine geringfügige Änderung soll zu Gunsten des Königsberger Plages geplant werden.

— In den Kreisen der nativen Generale ganz Deutschlands ist der Gedanke mit Beifall aufgenommen worden, dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstag Glückwünsche darzubringen. Es soll dies in Form ein r einfach, aber würdig ausgestatteten Adresse geschehen.

△ Hamburg, 23. Februar. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: „Die Zurückweisung, welche der Minister von Köller in der vorgestrigen Landtags-Sitzung den polnischen Annahmungen hat zu Teil werden lassen, wird überall, wo deutsch empfunden und gesprochen wird, mit Genugthuung begrüßt werden. Es ist erfindlich, daß die deutsche lebende Bevölkerung in Polen und Westpreußen sich wieder Hoffnung zu haben scheint, auf das Wohlwollen der Regierung bei ihrer Abwehr der polenfeindlichen Bestrebungen rechnen zu können. Das Herr von Köller auch sonst einen glücklichen Tag hatte, zeigte die energische und würdige Art, in der er die von freimütiger Seite an ihm geübte unberechtigte Kritik zurückwies. Herr von Köller wird den richtigen politischen Weg auch nach eigenen Gefühlen von selber finden, aber die Gegenwehr des Reichstages ist jedenfalls immer ein guter Wegweiser dafür.“

Kassel, 23. Februar. Die Altien-Zuckerfabrik in Quedlinburg hat ihre Zahlungen eingestellt. Die gerichtliche Konkursverwaltung wird erwartet.

Signarungen, 23. Februar. Der Fürst von Hohenzollern ist aus San Remo hierher zurückgekehrt.

Österreich-Ungarn.

Wien, 23. Februar. Der Großfürst Wladimir wird am Montag Nachmittag hier eintreffen und in der russischen Botschaft absteigen.

Annahme von Inzeraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenpfeil & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Frankreich.

Paris, 23. Februar. Die Polizeipräsident hat, wie verlautet, die Benachrichtigung erhalten, daß in der Provinz kürzlich eine bedeutende Menge Dynamit entwendet worden sei und in der Nähe von Paris verborgen gehalten werde.

Der „Quotidien illustré“ behauptet, sein Mittelungen über die Expedition Montell von einem Kolonialbeamten erhalten zu haben. Das Blatt erhält dieselben in den Hauptpunkten aufrecht.

Spanien und Portugal.

Madrid, 22. Februar. Die Rückkehr der marokkanischen Gesandtschaft nach Tanger ist verschoben worden.

△ Madrid, 23. Februar. Die Verhandlungen Spaniens mit Marokko, zu deren Führung vor längerer Zeit ein marokkanischer Spezialgelehrter in Madrid erschienen war, der dann dabeist von dem für irreführend erklärten General Fuentes bekanntlich in sehr größlicher Weise insultriert wurde, sind nun endlich doch zu einem wie es heißt zurückerstellenden Abschluß gebracht worden. Es war in Madrid schon die Befürchtung rege geworden, daß der von dem Attentäter Fuentes hervorgerufene Zwischenfall dem Sultan von Marokko den Vorwand zu einer Entschädigungsforderung bezw. zu weiterer Verschleppung der Unterhandlungen bieten könnte, wodurch die Ausführung des Vertrages von Marrakesch bis auf unabsehbare Zeit hinaus sich verzögert hätte. Indes gelang es der Energie und dem Takte des in den marokkanischen Angelegenheiten bestens bewanderten Marqualls Martinez Campos, alle Hindernisse glücklich aus dem Wege zu räumen, so daß am letzten Dienstag die Verständigung zwischen ihm und dem marokkanischen Vertreter perfekt wurde. Dem Vernehmen nach hat der Vertrag von Marrakesch eine Modifikation dadurch erfahren, daß Spanien sich bezüglich mehrerer der Marokkanern ausstehiger Punkte nachgiebig bewies. Dahin gehört u. A. der Verzicht auf Errichtung eines spanischen Konsulates in Fez, so lange keine andere europäische Macht ein solches dabeist errichtet wird; ferner wird Spanien mit der Abgrenzung der neu vereinbarten neutralen Zone um Melilla so lange warten, bis der Sultan in der Lage ist, Truppen nach der Abgrenzung zu schicken, welche die Ausführung des Vertrages von Marrakesch sicherstellt; endlich werden einige Erleichterungen betreffs der Abzahlungsmodalitäten der den Spaniern geschuldeten Kriegsentwädigung zugestanden. Senerseits tritt der Sultan Abdel Aziz in alle Verpflichtungen seines Vaters den Spaniern gegenüber ein und verpflichtet, dafür sorgen zu wollen, daß die spanischen Konsulate auf marokkanischem Boden von den Kabylen unbehelligt bleiben. In Madrid ist man mit diesem Abkommen zufrieden, vorausgesetzt, daß es marokkanischerseits loyal umgekehrt wird. Darüber wird ja die Zukunft alsbald Aufschluß erteilen.

Großbritannien und Irland.

London, 23. Februar. Wie den „Times“ aus Hongkong gemeldet wird, sind der Schiffsahrt neue Beschränkungen auferlegt worden.

Aus Philadelphia erfahren die „Times“, daß das Symbol 27 871 596 Dollars Gold bei dem Schah eingekauft hat, wodurch die Goldreserve des Schahs auf 70 Millionen Dollars gestiegen ist. Das Symbol wird wahrscheinlich 10 Millionen Gold mehr liefern, als festgesetzt war, um die Goldreserve auf 115 Millionen zu erhöhen.

London, 23. Februar. Es ist sicher, daß das italienische Geschwader nach Rückkehr von den Festlichkeiten in Kiel Ende Juni einen offiziellen Besuch in Portsmouth abstatten wird, als Erwiderung des vorjährigen englischen Flottenbesuchs in Italien.

London, 23. Februar. Das Befinden des Earl of Rosebery hat sich verschlechtert. Der Earl hatte eine schlaflose Nacht. Seine Krankheit wird in den offiziellen Bulletins mit heftiger Influenza-Anfall bezeichnet.

Rußland.

Petersburg, 23. Februar. Dem „Grafshand“ zufolge wird in diesem Frühjahr am Bau einer Eisenbahn von Tiflis nach Kars geschritten werden.

Rumänien.

Bukarest, 22. Februar. Die Deputiertenkammer nahm mit 71 gegen 24 Stimmen das Gesetz über den Bau und den Betrieb von Privatbahnen an. Der Kultusminister beantwortete eine Interpellation Grabesianu wegen des am 14. September 1894 ft tigegebenen Zusammenstoßes zwischen Polizei und Studenten; der Minister tadelt die Haltung der Studenten und mündete, dieselben sollten politischen Vorfällen fern bleiben.

Im Senat wurde die Beratung des Berggesetzes fortgesetzt. Die Minister Labovary und Carp widerlegten mit Erfolg die Einwände der Opposition.

Älten.

Kanton, 23. Februar. Der englische Kreuzer „Mercury“ ist von Formosa zurückgekehrt. Die 600 Mann hatten den Piratenanführer in Takao schon vor der Ankunft des „Mercury“ unterrichtet; 25 Piratenhänflinge sind enthaupet worden.

Afrika.

Kairo, 22. Februar. Unter dem Vorhild des Kheido hat der Ministerrath ein Dekret angenommen, durch welches ein besonderer Gerichtshof zur Aburtheilung von Verbrechen und Vergehen eingesetzt wird, deren sich Eingeborene gegen englische Offiziere, Soldaten oder Seute zu Schulden kommen lassen. Der Gerichtshof soll aus dem englischen Militär-Kommissar, einem englischen Richter d. s. Appellhofes, einem eingeborenen Richter und einem englischen Richter bestehen. Der englische Beirath im Justiz-Departement Sir J. Scott soll den Vorsitz führen. Die Verurteilungen sollen endgültig und ohne das Recht der Appellation stattfinden. Das Gesetz betreffend die Einführung dieses Gerichtshofes soll erst nach Genehmigung durch den englischen diplomatischen Vertreter Port Cromer und nach Mitteilung an die Gesandten der auswärtigen Mächte in Kairo geschehen. Man glaubt, durch das Gesetz etwaige Angriffe Eingeborener auf englische Soldaten und Patrois in Alexandria oder anderswo zu verhindern.

Ein Ministerwechsel ist hier nicht wahr-
scheinlich.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Februar. Die „Kommersche Volksfreundin“ greift unsern Dr. G. Graß-
man an, weil er in der letzten Stadtvorstand-
versammlung den Ankauf der ca. 8 Kilometer
von Stettin entfernten, an der Swante und
Widerfaat gelegenen Gutschänke für
7000 M. widersprochen habe — selbst Herr
Gollas und Herr Engelmann hätten gegen ihn
das Wort ergriffen. Nun, was letzteres anlangt,
so ergibt in der Faktition, welcher die genannten
drei Herren angehören, keinerlei Zwang, welcher
die Minderheit verpflichtet, sich den Beschlüssen
der Majorität zu fügen und das Urteil, wie viel
eine Wiese wert ist, wird wohl stets etwas ver-
schieden lauten. Auch ist die „Kommersche
Volksfreundin“ nicht im Stande, eine bessere
Verzinsung obiger 7000 M. für die Stadt heraus-
zu rechnen als den geringen Zinsfuß von 4,08
Prozent, den auch der Herr Referent zugeben
musste, und von dem noch überdies die Kosten
des Grundstücks abgehen. Was daher übermäßig
Verlockendes in dem ganzen Abiengeheft für
die Stadt gelegen haben soll, das mag
das genannte Blatt seinen Lesern selbst aus-
einandersetzen. Vielleicht will die „Kommersche
Volksfreundin“ nicht im Stande, eine bessere
höhere Rindviehzüchterei betreiben,
als es nach ihrer Ansicht hier noch nicht
möglich genug zu geben scheint! Denn aus was für
sonstigen sachlichen Gründen das genannte Blatt,
welches doch angeblich für die Erhaltung des
Mittelstandes und der Bauern eintreten will,
ber abermaligen Aufkauf eines Privatbesitzes
durch die Stadt, welche schon so wie so ca. 20000
Morgen Land besitzt, so sehr das Wort redet, ist
unverständlich.

In der Woche vom 17. bis 23. Februar
sind im Regierungs-Bezirk Stettin 145 Er-
krankungen und 12 Todesfälle in Folge von an-
steckenden Krankheiten vor. Am häufigsten
traten Masern auf, woran 74 Erkrankten und
3 Todesfälle zu verzeichnen waren, davon 51 Er-
krankungen (1 Todesfall) im Kreise Regenwalde,
16 (2 Todesfälle) im Kreise Ragnick, 3 im
Kreise Ustedom-Vollin und je 2 im Kreise Randow
und Saatzig. Sodann folgt Scharlach mit 40
Erkrankungen (2 Todesfälle), davon 6 Erkrankun-
gen (2 Todesfälle) in Stettin. An Diphtherie er-
krankten 29 Personen (6 Todesfälle), davon 2
Erkrankungen (1 Todesfall) in Stettin, an
Darmtyphus 2 Personen (1 Todesfall) und an
Kindbettfieber 1 Person. Im Kreise Pyritz kam
kein Fall von ansteckender Krankheit vor.

In der hiesigen Volksliste wurden in
der Woche vom 16. bis 23. Februar 1895 3287
Portionen verabreicht.

Die Direktion der Zentralhalle
veranstaltet am nächsten Mittwoch Nachmittag
eine Kinderdarstellung, deren Programm
zu zusammengefasst werden soll, das es besonders
zur Aufklärung der Kleinen beizutragen, vor allem
wird das Fantoche-Theater mit seinen künstlichen
Menschen einen Theil ausfüllen.

Offene Konzerte. Wir weisen
auf die heutigen Konzerte im Konzerthaus hin,
sehr gewähltes Programm. Abends „Eilenberg-
Abend“.

Vermischte Nachrichten.

(Gesellschaftsreisen.) Die Teilnehmer der
von Karl Stangen's Reisebureau, Berlin W.,
Mohrenstraße 10, veranstalteten fünften Ge-
sellschaftsreise nach Äthiopien sind glücklich wieder
heimgekehrt. Von allen Gesellschaftsmitgliedern,
welche sich zur Zeit in Ägypten befinden, sind sehr günstige
Nachrichten eingetroffen. Dieselben haben von
Kairo aus zwei Postdampfern Ausflüge auf dem
Nil bis Luxor (Theben) und Assuan (Assuan)
unternommen. Die Witterungsverhältnisse sind
in diesem Jahre in Ägypten besonders günstig.
Anfang März treten die Reisenden in drei ver-
schiedenen Gruppen unter Begleitung Karl Stangen's
orts- und sprachkundiger Führer die Re-
ise an. Ein großer Theil der Gesellschaft wird
noch alle heiligen Stätten in Palästina besuchen
und dazu vier Wochen Zeit verwenden, andere
Theilnehmer werden auf der Heimreise in Jerusa-
lem, Damaskus, Smyrna, Athen, Konstantinopel,
noch andere dagegen in Syrien und in Italien
Aufenthalt nehmen. Die zahlreichen Mitglieder
der Karl Stangen'schen Sonderfahrt nach dem
Orient verlassen Berlin am 3. April. Die Reise
wird von Herrn Louis Stangen (Sohn des Herrn
Karl Stangen) persönlich geleitet werden. Für
diese Reise ist trotz der kurzen Zeit, die sie im
Ganzen erfordert, in Jerusalem ein Aufenthalt
von vollen sechs Tagen, in Kairo ein solcher von
fünf, in Athen und Korfu von je zwei Tagen vor-
gesehen. Die hundertundsechzig Reisende nach Italien,
die von dem Bureau unternommen wird und
Syrien einschließt, ist am 25. Februar angetreten
worden. Ueber die in diesem Frühjahr weiter zu
unternehmenden Karl Stangen'schen Reisen nach
dem Orient, nach Italien, Tunis und Ägypten,
Spanien, Bosnien, Dalmatien und Montenegro,
Rusland und dem Kaukasus enthalten die Pro-
gramme, die auf Verlangen kostenfrei verabfolgt
werden, alles Nähere.

Es wird nochmals darauf hingewiesen,
dass die Zeichnung der 3. Großen Lotterie zum
Besten der Kinderheilstätte zu Erlangen, in

welcher Haupttreffer im Werthe von 50000
Mark, 10000 Mark, 5000 Mark, 3000 Mark,
2000 Mark, 1000 Mark u. s. w. insgesamt,
aber 5000 Gewinne zur Auspielung kommen,
ganz bestimmt Donnerstag, den 7. Freitag, den 8.
und Sonnabend, den 9. März, also in wenigen
Tagen stattfindet. Soweit der Vorrath reicht,
findet noch Loege à 1 Mark in den durch Plakate
kenntlich gemachten Verkaufsstellen statt.

In seinem jüngst erschienenen Buche „Der
Hummel im deutschen Heere“ erzählt A. D. Klaus-
mann folgende niedliche Geschichte von einem
zweiten Leander: Eine der flottesten Truppen
während der Regierungszeit König Friedrich Wil-
helms III. von Preußen war das Garde-Schützen-
bataillon, fast lauter Schweizer aus dem damals
noch zu Preußen gehörigen Kanton Neuchâtel.
Ihr Kommandeur, Major v. Tilly, war ein sehr
tüchtiger, aber wie seine Schützen auch sehr lebens-
lustiger Offizier und deshalb bei dem Befehls-
haber des Gardekorps, dem Herzog Karl von
Mecklenburg, keineswegs gut angesehen. Dieser
war überaus streng, und das lustige Leben der
Garde-Schützen, die im Dienste sich gleichwohl nicht
das allgeringste zu Schulden kommen ließen, war
ihm so verhasst, daß er sich wiederholt bei dem
König beschwerte, freilich ohne Erfolg, denn der
Major v. Tilly war bei Hofe sehr beliebt. Einst
waren beide Offiziere zur königlichen Hofkapelle
beim König erschienen, während der Major etwas
entfernter saß. Der General sah heute besonders
übelgelaunt und die Blicke, die er zuweilen zu
Herrn v. Tilly hinüberwarf, waren nicht
weniger als wohlwollend. Dessen aufmerksamer
war der Major, dessen Nachbarschaft aus dem
König nicht herauskam und welcher sich ver-
teufelt wenig aus der schlechten Stimmung
seines Vorgesetzten zu machen schien. Kurz vor
beendeter Tafel wandte sich plötzlich der Herzog
an den Major so laut, daß es dem König nicht
entgehen konnte. „Scheinen da recht nette Zu-
stände in Ihrem Bataillon zu herrschen, Herr
Major von Tilly“, sagte er in seiner sanften
Redeweise, „habe ich im Rapport gelesen, daß ein
Mann, und noch dazu ein Oberjäger, sich größ-
tens Vergehen hat zu Schulden kommen lassen. Auf
dies sehr bitten, eine Strafrechts-Anzeige einzu-
reichen. Wie, grüßliches Vergehen?“ fragte der König,
der durch die Worte des Generals aufmerksamer
geworden war, „was ist es damit, bitte sprechen!“
„Majorität, die Patrouille hat vergangene Nacht
einen Oberjäger meines Bataillons, einen
Schweizer und sonst sehr tüchtigen Soldaten
erwischt, als er vom jenseitigen Ufer die Spree
durchschwommen hatte und dann den Kaiserhof
gehört betrat“, berichtete Tilly. „Nur wohl nicht
gehört haben, jetzt im November!“ warf der
König ein. „Aber weiter!“ „Er hat geständigt,
nachdem diesen Weg schon oft zurückgelegt, was
recht gut gewesen konnte, da der Hof von dem
Fluß begrenzt wird und deshalb kein Wachposten
dort“, erklärte jener. „Die finsternen Nächte be-
günstigen das Vergehen, und da er sehr früh
zur rechten Zeit auf dem Damm war, hat
Niemand sein Vergehen bemerkt.“ „Was damit be-
weckt?“ fragte der Monarch in seiner kurzen
Art. „Er hat ein Verbrechen am jenseitigen Ufer,
dem er auf diese etwas ungewöhnliche Weise
seine Visiten abgestattet hat, Majestät“, fuhr
der Major fort, „aber die nächtlichen Schimmelmün-
den in dem eisernen Wasser haben dem Vornehm-
sten das geringste gescheit.“ „Und was haben Sie
mit dem Kerl gemacht, Herr Major“, fragte
Herzog Karl mit tief herabgezogenen Augenbrauen.
Der König nickte, zum Zeichen, daß er dieser
Frage zustimme. „Geht“, berichtet habe ich
den Oberjäger!“, riefte Herr v. Tilly mit er-
zwungenem Ernste. Schallendes Gelächter folgte
dieser Antwort, in das auch der König lebhaft
einmischte, während der Herzog sich entsetzt ab-
wandte. Von dieser Zeit an vermied er es, mit
dem Major sich wieder zu befehlen.

Ueber einen grauenhaften That wird der
„Königsh. Allg. Ztg.“ aus Warpsleben (Kreis
Sangerhausen) berichtet: In der Nacht von Montag
zu Dienstag hat der Eigentümer Schulmader
Daniel Jedamitz zweifelslos in einem Anfall von
Geistesstörung zuerst seine Frau getödtet, den
Kopf vom Rumpfe getrennt, den Leib aufgeschlitten
und die einzelnen Theile in den brennenden Ofen
geworfen. Das ein Jahr alte Kind verbrannte
der Wahnwitzige, indem er das arme Wesen
lebend in den brennenden Ofen warf. Ein gleiches
Schicksal war dem fünfjährigen Töchterchen zu-
gefallen, doch als der Vater gerade dabei war,
sein Kind in den Ofen zu stecken, kam auf dessen
Geheiß der Schwager des F. herbei und rettete
es. Der sofort herbeigekommene Gendarm und
Amtsvorsteher sorgten für die Abführung des
Kranken an das Gerichtsgefängnis nach Sanger-
hausen. Eine Gerichtskommission wird noch am
Thatsache das Nähere feststellen.

Ueber einen in der Nacht zum 20. d. M.
verübten Einbruch bei der Gräfin-Witwe Julius
Karolyi in Pest wird in österreichischen Blättern
folgendes berichtet: Das gräflich Karolyi'sche
Palais dehnt sich zwischen der Universität, Graf
Karolyi und Ungarische aus; gegenwärtig wird
es von der Gräfin-Witwe Julius Karolyi, ge-
borenen Gräfin Palfy, und ihren Kindern be-
wohnt. Im Palais befindet sich Dienerschaft in
großer Zahl, und die Gräfin füllte sich in ihrem
weitläufigen und luxuriösen Heim so sicher, daß
die inneren Salons auch des Nachts nie ge-
schlossen wurden. Mit diesen Thatsachen muß
das Individuum, das in der Nacht zum 20. d.
M. in das Schlafgemach der Gräfin drang, ver-

trant gewesen sein. Zwischen 2 und 3 Uhr
Morgens wurde die Gräfin aus dem Schlafe ge-
schreckt. Sie wollte Licht machen und gewahrte
beim Scheine des ersten Strichlichts eine
männliche Gestalt neben ihrem Bette. Die Gräfin
wollte Alarm schlagen und rief erschrocken: „Was
wollen Sie hier?“, worauf der Unbekannte näher-
trat, mit seiner Hand den Mund der Gräfin
schloß und in gutem Ungarisch sagte: „Gnädige
Frau, bleiben Sie ruhig. Ich bitte um Geld; es
soll Ihnen kein Leid geschehen.“ Die Gräfin faßte
sich und antwortete: „In meinem Schlafzimmer
habe ich kein Geld. Ich führe Sie ins nächste
Zimmer, dort können Sie sich alles nehmen.“
Der Räuber wollte davon nichts wissen und hatte
im nächsten Augenblicke bereits den Arm der
Gräfin erfaßt, die jedoch, die Geistesgegenwart
nicht verliert, mit der andern Hand den Knopf
der elektrischen Klingel stark drückte. Daraufhin
kam die Kammerfrau Karoline Wessely mit ein-
brennender Kerze herbeigeeilt. Nun wandte sich
der Attentäter gegen die Kerze und wollte ihr die
Kerze aus der Hand schlagen, die Kerze hatte
jedoch mit klümem Griff die Kerze aus dem
Leuchter gezogen und führte mit diesem mehrere
Hiebe gegen den Kopf des Eindringlings, worauf
der Thäter ein stumpfes Eiseninstrument ergriff
und auf das Mädchen so lange zuschlug, bis es
aus sieben Kopfwunden blutend, ohnmächtig
zusammenbrach. Die Gräfin besah noch so
viel Kaltblütigkeit, dem Räuber zuzurufen:
„Thun Sie dem Mädchen nichts zu Leide!“ Auf
den entsetzten Arm war jetzt auch die Er-
greiften der gräflichen Kinder Helene, Volos her-
beigeeilt und begann um Hilfe zu rufen. Der
Räuber, die Verteilung seiner Pläne einsehend,
ergriff schnellst die Flucht und nahm seine im
Vorzimmer zurückgelassenen Schuhe mit sich. Die
Gräfin und die Erzieherin laßen dem Fliehenden
nach, der dann im Dunkel verschwand. Die so-
fort eingeleitete Untersuchung ergab, daß der
Räuber aus dem Vorhof der Gräfin ein Fern-
rohrgehäuse im Werthe von 3000 Fl. und ein
silbernes Visitenkartenentwender.

Thorn, 23. Februar. Aus Danzig wird
gemeldet: Die hinterpommersche Küste und die
Danziger Bucht sind eisfrei. Die Häfen zu Neu-
schwauwer und Pillau sind eisfrei. Der nördliche
Theil der ostpreussischen Küste hat Padeis bis
eine Seemeile vom Strande. Seetief zu Memel
voll Ba eis. Der Hafen zu Kolberg durch Eis-
gürtel gesperrt. Seewärts freies Wasser. Die
Schiffahrt ruht größtentheils, da der Sund un-
passierbar ist.

Spornau, 23. Februar. Aus Myslowitz
wird gemeldet: In Myslowitz-Orlowo sind
fünfundsiebzig Davidowitsch, seine Gattin,
seine Kinder und zwei Dienstmädchen ermordet
und beraubt worden. Von der Mordthat keine
Spur.

Schiffsnachrichten.

Neckar, 23. Februar. Aus Wernemünde
wird gemeldet: Zehn Seemilen von der dies-
seitigen Küste liegen die Dampfer „Roma“
und „Mathilde Jock“ im Eise. Die Lage ist
gefährlich.

Viehmarkt.

Berlin, 23. Februar. (Städtischer
Zentral-Viehmarkt.) Amtlicher Bericht
der Direktion. Zum Verkauf standen 4250
Rinder, 417 Schweine (484 Bantonen), 1056
Kälber, 4663 Hammel.

Das Rinder-geschäft verlief ruhig. Schwere
knochige Ochsen, stark verrenten, fanden nur schwer
und vielfach nur zu rückgängigen Preisen Absatz.
Etwa 2000 Stück gehörten der 1. und 2. Klasse
an. Es wird ziemlich ausverkauft. 1. Qualität
59-63 Mark, 2. Qualität 52-57 Mark, 3.
Qualität 47-50 Mark, 4. Qualität 43-45
Mark pro 100 Pfund Fleischgewicht.

Der Schweine-markt verlief ruhig, zum
Schluß fest und wurde geräumt. 1. Qualität
50-51 Mark, ausgeputzte Ferkel darüber, 2.
Qualität 48-49 Mark, 3. Qualität 45-47
Mark pro 100 Pfund mit 20 Prozent Tara.
Bantonen 45-48 Mark pro 100 Pfund mit 20
Pfund Tara pro Stück.

Der Kälber-handel gestaltete sich schleppend.
1. Qualität 53-58 Pf., ausgeputzte Waare
darüber, 2. Qualität 45-52 Pf., 3. Qualität
38-44 Pf. pro 100 Pfund Fleischgewicht.

Der Hammel-markt verlief langsam. Ver-
kauf und hinterläßt etwas Ueberfluß. 1. Quali-
tät 46-49 Pf., Bantonen bis 53 Pf., 2. Qualität
43-45 Pf. pro 100 Pfund Fleischgewicht.

Börsen-Berichte.

Posen, 23. Februar. Spiritus ohne Loh
Faß 50er 49,50, da. Loh ohne Faß 70er 30,00.
Behauptet. — Wetter: Mild.

Magdeburg, 23. Februar. Zucker der best. H.
Kornzucker exkl. von 92 Prozent — neue
9,80 bis 9,90, Kornzucker exkl. 88 Prozent
Neubestand 9,10-9,30, neue 9,20-9,40. Cacao-
produkte exkl. 75 Prozent Neubestand 6,25-6,90.
Ruhig. Brodfrucht 1. 21,50. Brod-
frucht 2. 21,25. Gem. Raffinade mit Faß
21,00 bis 21,75. Gemachte Weissl. I. mit
Faß 20,75 bis 21,00. Preise theilweise nom.
Hamburger L. Produkt Transito l. a. B. Hamburg
per Februar 9,05 G., 9,12 G., per März
9,02 G., 9,05 G., per April 9,05 G., 9,10 G.,
per Mai 9,12 G., 9,17 G., B. Ruhig.

Bergwerk- und Hüttenwerke
Bergw. W. 9. 118,605 Silber 49,130 405
Bergw. W. 9. 74,006 Gold 7,000
Bergw. W. 9. 136,505 do. 11,600
Bergw. W. 9. 86,25 do. 29,503
Bergw. W. 9. 119,005 do. 7
Bergw. W. 9. 123,105 do. 123,105
Bergw. W. 9. 59,768 do. 59,768
Bergw. W. 9. 128,763 do. 128,763
Bergw. W. 9. 91,506 do. 91,506

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen:
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten:
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306
Bergw. W. 9. 101,306

Rhein, 23. Februar. Nachm. 1 Uhr. Ge-
treide markt. Weizen alter hiesiger Loh
da. neuer hiesiger 12,00, fremder Loh
14,00. Roggen hiesiger Loh 11,00, da. fremder
13,00. Hafer alter hiesiger Loh —, da.
neuer hiesiger 11,50, fremder 13,50. R 5 1
Loh 48,00, per Mai 46,30, per Oktober 46,10.
— Wetter: Trübe.

Hamburg, 23. Februar. Vorm. 11 Uhr.
Raffee. (Vormittagsbericht.) Good average
Santos per März 78,50, per Mai 77,50, per
September 76,50, per Dezember 73,75. —
Ruhig.

Hamburg, 23. Februar. Vorm. 11 Uhr.
Zucker markt. (Vormittagsbericht.) Rüben-
zucker l. Produkt Basis 88 pSt. Neubestand
neue Usance frei an Bord Hamburg per
Februar 9,12 G., per März 9,05 G., per Mai 9,15
G., per Juni 9,24 G., B. Ruhig.

Paris, 23. Februar. Am Montag und
Dienstag (25. und 26. d. M.) bleibt der Pro-
duktmarkt geschlossen.

Paris, 23. Februar. Vorm. 10 Uhr 30 Min.
(Telegramm der Hamburger Firma Weimann,
Kiegl & Co.) Raffee good average Santos
per Februar 96,00, per März 96,00, per Mai
96,00. Behauptet.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 23. Februar. Bei Besprechung des
Zentrumsantrages zur Umsturzvorlage fordert die
„Reinliche Zeitung“ die Regierung auf, schleunigst
volle Klarheit darüber zu schaffen, wie sie zu dem
Antrag stehe, gegen welchen sich jedes menschliche
Gefühl empöre und der Deutschland dem Hohn
aller Nationen aussetzen drohe. Weise die Re-
gierung nicht entschieden diesen Antrag zurück, so
würde sie einen Sturm entfesseln, welcher den
Kampf um die Reichshöhe schwebelnd in den
Schatten stellen würde, denn hier sei ein empfind-
licher Punkt berührt, worin das deutsche Gewissen
und der deutsche Wahrheitsgeist keinen Spatz ver-
stünden. Wenn die Konservativen den Anbel-
antrag nicht zurückweisen, so würde man erleben,
daß das Zentrum auch die Unheilbarkeit des
Papstes und die unbedeckte Empfangnis durch den
Staatsanwalt vor Anweisung geschickt seien
würde. (Privat-Telegramm.)

Rhein, 23. Februar. Auch die „Rhein. Ztg.“
verfügt, der Rücktritt des Gouverneurs von
Schele habe darin seinen Grund, daß er mit der
Unterordnung unter die Kolonialabtheilung nicht
einverstanden sei. Auch in Bezug auf große
ökonomische Pläne seien zwischen den Ansichten der
Zentralverwaltung und Herrn v. Schele Meinungs-
verschiedenheiten entstanden. Letzterer sei namentlich
gegen die Abtretung größerer Ländergebiete an
Erwerbsgesellschaften in jüngster Zeit mit be-
sonderer Schärfe vorgegangen.

Wien, 23. Februar. Im Palais des Unter-
richtsministeriums brach heute Vormittag Feuer
aus, welches bedeutenden Schaden anrichtete. Er-
nach vielfältiger mühevoller Arbeit wurde der
Brand gelöscht.

Wien, 23. Februar. Die Polizei verhaftete
in Beethen das aus Preußen stammende Ehepaar
Kerndt, welches einen schamlosen Handel mit
falschen Pässen trieb. Man fand bei demselben
eine Unmasse Stempel, Beschlüsse, falsche Unter-
schriften hervorragender Persönlichkeiten, darunter
des deutschen Kaisers, des Fürsten Bismarck.

Paris, 23. Februar. „Viem. diplom.“ be-
hauptet, Tripoli wolle noch vor den Wahlen König
Humbert zum Kaiser von Aethiopien (ägyptischer
Sudan) ausruufen lassen. Tripoli rechne auf die
Unterstützung des Kais von Venedig, welcher ein
persönlicher Freund des jetzigen Kais ist.

Belgrad, 23. Februar. Wegen der Führer
der Radikalen, Pasic, welcher gelegentlich des vom
radikalen Klub veranstalteten Balles eine Ansprache
an die Studenten gehalten hatte, ist eine Unter-
suchung eingeleitet worden.

Sofia, 23. Februar. Durch kaiserlichen Ukas
ist die Zahl der in diesem Jahre auszuhebenden
Rekruten auf 17.000 festgesetzt worden.

Briefkasten.

Antworten werden nur er-
theilt, wenn sich die Frage-
steller als Abonnenten ausweisen.
— Anonyme Anfragen und Zu-
schriften bleiben unberücksichtigt.
Nur diejenigen Anfragen, welche
bis Freitag bei der Redaktion ein-
gehen, finden in der nächsten Son-
tag-Nummer Beantwortung.
— D. a. Ein solches Blatt existiert nicht. b. Der
Titel der Zeitung ist: „Für die Schreiberkinder,
Zeitung für den Bureau-Beamtenstand“. Das
Blatt erscheint in Stettin. — W. H. L. 1. Als
einziger Empfänger Ihrer Mutter können Sie viel-
leicht mit Erfolg reklamieren, das Fehlen von
Zahlen ist aber kein Grund, vom Militärdienst
befreit zu werden, denn Patronen zu besitzen
ist jetzt nicht mehr. 2. Bei der königlichen Polizei-
Direktion. — H. M. 69. Wenn Güter gegen-
schaft nicht abgeschlossen ist, so ist der Mann zur
Zahlung verpflichtet. — Langsamer
Abonnent — Grabow. 1. Wenn die vor-
gegebene Beförderung nicht dagegen hat, so kann ein
Polizeibeamter ein Grundbüchle als Bittwirth ver-

walten. 2. Der Beamte kann an der Unge-
richtigkeit nicht gehindert werden, Ihnen steht aber der An-
trag auf gerichtliche Entscheidung offen und wenn
die Zeugen die Thatsachen so bezeugen, wie
Sie dieselben aus mündlichen, so wird Frei-
sprechung zu erwarten sein. — E. S. 2. 1.
Schwierigkeit ist ein parlamentarischer
Sprachgebrauch, eine der Erleichterung von Anträgen
aus der Mitte der Versammlung und von Peti-
tionen gewöhnliche Sitzung (im deutschen Reich-
tag gewöhnlich Mittwoch), nach der auf Antrag
des früheren Ministers Grafen Schwerin im
preussischen Abgeordnetenhaus getroffen und auf
den Reichstag übergegangenen Entscheidung so ge-
nannt. 2. Rundschreiben 4. Klasse werden nicht
ausgegeben, dagegen können die solche 3. Klasse
für die angegebene Strecke von der Anfangs-
stelle des Bahnhofs Stettin erhalten, dort erfahren Sie
auch den genauen Preis. — J. S. 3. in M.
Eine Klage würde zu Ihren Ungunsten ausfallen,
denn der Uhrmacher hat zwar 5 Jahre Garantie
geleistet, aber für alle nach dieser Zeit von ihm
gemachten Reparaturen kann er von Ihnen Zah-
lung verlangen. — Otto B. Bei einem Sturm
kann kein Segel geföhrt werden, bei starkem
Sturm wird noch das dicht gereifte Großsegel
über das Sturmsegel bemastet. — H. V. Wir
empfehlen Ihnen zum Bezug von Wassermetern
die Fabrik Dreier, Rosenkranz u. Droop in
Hannover und die Rembrandt-Gesellschaft Wolff u.
Schreiber in Breslau. — W. R. Der Hahn
spielt schon im Alterthum eine große symbolische
Rolle und auch heute noch im Volksaberglauben
ist der Hahn ein Symbol. Im Alterthum galt er
als Symbol der Kampflust und Kampfbereitschaft,
bald der Nachsamkeit und des Sonnenaufgangs;
den alten Syrern galt der Hahn als Symbol des
Feuertodes und der Sonne, bei den Juden ver-
trat er den Sündenbock. Als Symbol wird der
Hahn auch in neuerer Zeit bei den Wetterfahnen
an Kirchen und Häusern benutzt und zwar als
Verkünder des Tages, d. h. des neuen Lebens im
Herrn. — P. in B. Der Wether, behält so
lange er die Wether behält, die Verfügung über
die Wohnung und kann, wenn er auszieht, die
Wohnung verschlossen halten, braucht darin auch
keine baulichen Veränderungen zu bilden. Da-
gegen muß er eine Vertrauensperson einlegen,
welche event. auf Verlangen die Räume be-
sichtigen zur Weitervermittlung oder die
gleichen öfnet. — A. R. 5. 1. Artillerie
steht zum 1. April keine Freiwillige ein,
nur im Oktober. 2. Es gehört eine gute Bil-
duna als Unteroffizier dazu. — D. S. 1. Die
Klage wird auch diesmal abgelehnt werden. —
H. 10. Da der Kartengeld kein Recht zum
Nehmen hatte, so mußte H. allerdings ein-
ziehen, nachdem er solchen angesetzt hatte. —
S. 2. Die Frage nach Königsberg über Kreuz
und Dirschau kostet 4. Klasse 10 Mark 60 Pf.
— E. R. Gütergemeinschaft muß nur dann
ausgeschlossen werden, wenn in dem Ort, wo die
jungen Eheleute ihr erstes Domizil aufschlagen,
solche gesetzlich besteht. Dies ist im erwähnten
Falle nicht, daher auch kein Gütergemeinschaft
möglich. — J. H. Wenn kein ansehnlicher
Grund und nur auf kurze Zeit vorlag, so
dürfte eine solche nicht eintreten und Sie hätten
Recht zur sofortigen Veräußerung. — H. D. Die
Einkaufung aus der Schule erfolgt nicht mit der
Vollendung des 14. Jahres, sondern erst an dem
gesetzlich festgesetzten Esemestertag. — W. M.
Dine Verhandlung kann die Revision nicht ver-
werfen werden. Ausgeschlossen ist es nicht, daß
in der Revisionsinstanz ein von den früheren In-
stanzen abweichendes Urteil gefällt wird. —
M. R. 8. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. Zu der Fest-
setzung sollen 200 000 Mark und so lange
diese nicht zusammengebracht sind, kann natürlich
der Tag der Entfaltung nicht festgesetzt werden,
es sind bisher 735 000 Mark zusammengebracht.
— H. R. Frage 1 können Sie sich von jedem
Schiedsrichter beantworten lassen, dazu bedarf es
wohl nicht des Rathes unseres Briefkastens.
2. In Europa: London und Hamburg; in
Amerika: New York; in Asien: Singapore
und Hongkong; in Australien: Melbourne
und Sidney; in Afrika: Alexandria. —
M. S. hier. Die Herrschaft ist nicht verpäch-
tet, wohl zu zahlen, kann sich vielmehr für diesen
Jahre eine Stellvertreterin annehmen. — P. in
Gollnow. Antwort ist dem Brieflich abgehan-
delt. — H. R. hier. Die Wermittel der „Deuts-
chen Stiftung“ sind gegenwärtig noch unter Verwal-
tung des Magistrats jenseitig angelegt. Durch
Zuwachs der Zinsen soll der Fonds auf eine solche
Höhe gebracht werden, daß davon ein Stiftungs-
kapital zur Aufnahme hilfsbedürftiger Personen er-
baut und dauernd unterhalten werden kann.

Wetterausichten.

für Sonntag, den 24. Februar.
Etwas wärmeres, ziemlich trübes Wetter mit
geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen
Winden.

Wasserstand.

Am 22. Februar. Elbe bei Auisig + 0,20
Meter. Elbe bei Dresden + 1,48 Meter. —
Elbe bei Magdeburg + 2,24 Meter. —
Elbe bei Straßburg + 1,30 Meter. —
Oder bei Breslau, Oberpegel + 4,58 Meter,
Unterpegel + 0,44 Meter. Oder bei Frankfurt
+ 1,39 Meter. — Oder bei Rastatt
+ 1,54 Meter. — Rheinfels bei Brahmünde
+ 4,48 Meter. — Wartje bei Posen + 0,88
Meter. — Am 20. Februar. Rheine bei Auisig +
1,28 Meter.

Am 22. Februar. Elbe bei Auisig + 0,20
Meter. Elbe bei Dresden + 1,48 Meter. —
Elbe bei Magdeburg + 2,24 Meter. —
Elbe bei Straßburg + 1,30 Meter. —
Oder bei Breslau, Oberpegel + 4,58 Meter,
Unterpegel + 0,44 Meter. Oder bei Frankfurt
+ 1,39 Meter. — Oder bei Rastatt
+ 1,54 Meter. — Rheinfels bei Brahmünde
+ 4,48 Meter. — Wartje bei Posen + 0,88
Meter. — Am 20. Februar. Rheine bei Auisig +
1,28 Meter.

Am 22. Februar. Elbe bei Auisig + 0,20
Meter. Elbe bei Dresden + 1,48 Meter. —
Elbe bei Magdeburg + 2,24 Meter. —
Elbe bei Straßburg + 1,30 Meter. —
Oder bei Breslau, Oberpegel + 4,58 Meter,
Unterpegel + 0,44 Meter. Oder bei Frankfurt
+ 1,39 Meter. — Oder bei Rastatt
+ 1,54 Meter. — Rheinfels bei Brahmünde
+ 4,48 Meter. — Wartje bei Posen + 0,88
Meter. — Am 20. Februar. Rheine bei Auisig +
1,28 Meter.

Am 22. Februar. Elbe bei Auisig + 0,20
Meter. Elbe bei Dresden + 1,48 Meter. —
Elbe bei Magdeburg + 2,24 Meter. —
Elbe bei Straßburg + 1,30 Meter. —
Oder bei Breslau, Oberpegel + 4,58 Meter,
Unterpegel + 0,44 Meter. Oder bei Frankfurt
+ 1,39 Meter. — Oder bei Rastatt
+ 1,54 Meter. — Rheinfels bei Brahmünde
+ 4,48 Meter. — Wartje bei Posen + 0,88
Meter. — Am 20. Februar. Rheine bei Auisig +
1,28 Meter.

Am 22. Februar. Elbe bei Auisig + 0,20
Meter. Elbe bei Dresden + 1,48 Meter. —
Elbe bei Magdeburg + 2,24 Meter. —
Elbe bei Straßburg + 1,30 Meter. —
Oder bei Breslau, Oberpegel + 4,58 Meter,
Unterpegel + 0,44 Meter. Oder bei Frankfurt
+ 1,39 Meter. — Oder bei Rastatt
+ 1,54 Meter. — Rheinfels bei Brahmünde
+ 4,48 Meter. — Wartje bei Posen + 0,88
Meter. — Am 20. Februar. Rheine bei Auisig +
1,28 Meter.

Berlin, den 23. Februar 1895.	
Deutsche Fonds, Waaren und Rentenbriefe.	
Deut. Anl. 4 1/2 % 105,30 G	Deut. Anl. 4 1/2 % 104,80 G
do. 3 1/2 % 104,70 G	do. 3 1/2 % 102,50 G
Pr. Cons. Anl. 4 1/2 % 105,50 G	Westf. Anl. 4 1/2 % 102,50 G
do. 3 1/2 % 104,70 G	Rhein-Anl. 4 1/2 % 105,50 G
Pr. St.-Anl. 4 1/2 % —	Loth.-Anl. 4 1/2 % 105,50 G
Pr. St.-Sch. 3 1/2 % 101,14 G	Bonn. do. 4 1/2 % 105,50 G
Verl. St.-A. 3 1/2 % 132,30 G	do. do. 3 1/2 % 102,60 G
do. n. 3 1/2 % 103,75 G	Preuss. do. 4 1/2 % 135,50 G
Stett. Stadt-	Preuss. do. 4 1/2 % 135,50 G
Anl. 4 1/2 % 102,80 G	W. u. W.-St.
Westf. Anl. 4 1/2 % —	Rentenb. 4 1/2 % 105,50 G
Verl. Anl. 5 1/2 % 121,80 G	Schiff. do. 4 1/2 % 105,50 G
do. 4 1/2 % 117,60 G	Schiff. do. 4 1/2 % 105,50 G
do. 4 1/2 % 103,50 G	Schiff. do. 4 1/2 % 105,50 G
do. 3 1/2 % 104,20 G	Tab. Sch. Pr. 4 1/2 % 165,80 G
Rhein-Anl. 3 1/2 % 105,50 G	Westf. Anl. 4 1/2 % 107,30 G
do. 4 1/2 % —	Hamb. Staatsb.
Randb. 4 1/2 % —	Anl. 1888 3 1/2 % 97,60 G
Central- 3 1/2 % 107,30 G	Hamb. Rend. 3 1/2 % 104,80 G
Hamb. Rend. 3 1/2 % 97,20 G	do. amort.
Österr. Anl. 3 1/2 % 103,10 G	Staats- 3 1/2 % 103,00 G
Bonn. do. 3 1/2 % 103,00 G	Pr. St.-A. — 124,50 G
do. 4 1/2 % —	Westf. Präm.
Potsd. do. 4 1/2 % 103,75 G	Nachsch.
do. do. 3 1/2 % 102,10 G	Österr. Anl.
Schiff. do. 4 1/2 % 105,30 G	Präm.-A. 3 1/2 % 143,50 G
Schiff. do. 4 1/2 % 106,00 G	Mein. 7 1/2 %
Hamb. Rend. 3 1/2 % 102,30 G	Stote — 24,30 G
Versicherungs-Gesellschaften.	
Nachn.-Vers.	Gerf. F. 130 5200 00 G
Feuer. 450 1 200 00 G	Germania 45 1075 00 G
Feuer. 144 3395 00 G	Mag. Feuer 150 4395 00 G
Feuer. 120 —	do. Vita 40 1011 00 G
Pr. Fe. 187 330 00 G	Preuss. Fe. 40 —
Central 800 3210 00 G	Preuss. Fe. 15 945 00 G
Central 8 48 1310 00 G	

